Die demographische Entwicklung in Deutschland und Europa:

Konturen eines Jahrhundertproblems

Herwig Birg

Vortrag auf der Pressekonferenz am 16.8.2001 in Berlin im Deutschen Städtetag aus Anlass der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Demographie

Kontaktadresse:

Prof.Dr. Herwig Birg
Institut für Bevölkerungsforschung
und Sozialpolitik (IBS)
der Universität Bielefeld
Postfach 100131
D-33501 Bielefeld

Tel.: 0521/106-5161 oder 5162 Fax: 0521/106-6009

e-mail: Herwig.Birg@uni-bielefeld.de

Das demographisch-ökonomische Paradoxon

Alle Lebensumstände oder Ereignisse, die den Lebenslauf eines Menschen prägen, kommen auch als Antworten auf die Frage in Betracht, ob und in welchem Maße die Menschen das Leben durch ihre Kinder an die kommenden Generationen weitergeben. Die für den Ersatz der Elterngeneration durch deren Kinder erforderliche Geburtenrate beträgt in Gesellschaften mit niedriger Sterblichkeit rd. 2,1 Kinder pro Frau. In Deutschland haben historische Ereignisse wie die beiden Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise von 1932 und die Wiedervereinigung zu einer Abnahme der Geburtenrate weit unter dieses sogenannte "Ersatzniveau" geführt. Gesellschaftliche Faktoren und Reformen wie die Einführung der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wirkten sich auf ihre Weise aus: Je besser z.B. die durch Krankheit, Alter und Tod drohenden Lebensrisiken mit dem Ausbau des kollektiven sozialen Sicherungssystems aufgefangen werden konnten, desto weniger mußte man eigene Kinder haben, um gegen diese Risiken abgesichert zu sein.

Unter der Vielzahl der Einflußgrößen auf die Fortpflanzungsrate sind die Lebenserwartung und das Pro-Kopf-Einkommen als Maße für den Entwicklungsstand eines Landes besonders wichtig. Vergleicht man die Lebenserwartung der 30 größten Länder der Welt, auf die 80% der rd. 6,1 Mrd. Menschen umfassenden Weltbevölkerung entfallen, und bezieht man bei diesem Vergleich die Kinderzahl pro Frau mit ein, dann zeigt sich ein gegenläufiger Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand und der Geburtenrate (s. Schaubild). Auch bei zusätzlichen Vergleichen für Länder und Kontinente im Zeitablauf wird deutlich, daß die Kinderzahl pro Frau in den vergangenen Jahrzehnten in dem Maße

abnahm, wie die Lebenserwartung und andere Maße des Entwicklungsstandes, darunter vor allem das Pro-Kopf-Einkommen und das Ausbildungsniveau der Bevölkerung, zunahmen.

So war z.B. in Deutschland das Pro-Kopf-Einkommen in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts weniger als halb so hoch, aber die Geburtenrate hatte mit rd. 2.5 Lebendgeborenen pro Frau etwa das doppelte Niveau wie heute. Am Ende des 20. Jahrhunderts betrug die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau in Deutschland bei den Einwohnern mit deutscher Staatsangehörigkeit 1,2 und bei jenen mit ausländischer 1,9, wobei die aus europäischen Ländern Zugewanderten eine ähnlich niedrige oder eine noch niedrigere Geburtenrate hatten wie die Deutschen. Vor allem bei den aus der Türkei und aus anderen Entwicklungsländern Zugewanderten liegt die Kinderzahl pro Frau über zwei, so daß sich für alle Ausländer bzw. für alle Zugewanderten ein Durchschnitt von 1,9 ergibt und für die deutsche und ausländische Bevölkerung zusammen 1,4.

Der gegenläufige Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen, der Lebenserwartung, dem Ausbildungsniveau und anderen Maßen für den Entwicklungsstand einerseits und der Kinderzahl pro Frau andererseits läßt sich so interpretieren, daß die Menschen sich umso weniger Kinder leisten, je mehr sie sich auf Grund des wachsenden Realeinkommens und Lebensstandards eigentlich leisten könnten. Die Erklärung dieses "demographischökonomischen Paradoxons" ist nicht einfach. Die rein ökonomischen Fortpflanzungstheorien, aber auch die biologischen, (die seltsamerweise immer noch auf den Menschen übertragen werden, obwohl der Mensch in der belebten Welt eine Sonderstellung einnimmt), kommen in Erklärungsnöte, wenn man ihre Erklärungsangebote beim Wort nimmt und sie mit differenzierten Daten an der Realität prüft. Man muß schon eine Vorstellung über die Entwicklungsbedingungen des Lebenslaufs als Ganzem entwickeln, wenn man die Wahrscheinlichkeit für ein einzelnes, den ganzen Lebenslauf bestimmendes Ereignis wie die Geburt eines Kindes erklären will.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß sich im Zuge des Zivilisationsprozesses die Wahrscheinlichkeit für langfristige Festlegungen im Lebenslauf in Form von Eheschließungen und Kindgeburten seit über einem Jahrhundert sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern verringerte. Da der Entwicklungs- und Zivilisationsprozeß eine weltweite Erscheinung ist, nahm die Geburtenrate in den letzten Jahrzehnten in allen Kontinenten ab. In den Entwicklungsländern war die prozentuale Abnahme zwischen 1950-55 und 1995-00 (minus 50%) sogar größer als in den Industrieländern (minus 43%). Im Weltdurchschnitt entfielen im Zeitraum 1950-55 noch rd. 5 Kinder pro Frau. Bis 1995-2000 ist die Zahl auf rd. 3 gesunken. Nach den neuesten Vorausberechnungen der Bevölkerungsabteilung der UN, die z.Zt. für die Veröffentlichung vorbereitet werden, wird das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Lebendgeborenen pro Frau im Weltdurchschnitt im Zeitraum 2045-50 erreicht (mittlere Variante).¹ Danach wird das Bestandserhaltungsniveau nach den Berechnungen verschiedener Institute möglicherweise sogar unterschritten.

Die Eigendynamik des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsschrumpfung

Selbst nach einem möglichen Unterschreiten einer Kinderzahl von 2,1 pro Frau im Weltdurchschnitt ab 2045-50 wächst die Weltbevölkerung nach den Berechnungen der UN und anderer Institute trotzdem weiter – wenn auch mit kleiner werdenden Wachstumsraten -, und zwar von 6,1 Mrd. (2001) auf etwa 9,3 Mrd. im Jahr 2050 bzw. auf rd. 10 Mrd. gegen Ende des Jahrhunderts (mittlere Variante). Denn das Wachstum beruht großenteils auf der nicht mehr rückgängig zu machenden starken Zunahme der Geburtenzahl in der Vergangenheit, durch die sich die Zahl der nachwachsenden, potentiellen Mütter in den Entwicklungsländern, in denen heute 80%, künftig 90% der Weltbevölkerung leben werden, bis 2060 noch verdoppeln wird. Aus dem spiegelbildlich gleichen Grund schrumpft künftig die Bevölkerung in den meisten Ländern Europas, insbesondere in Deutschland, auf Grund des Rückgangs der absoluten Geburtenzahl in der Vergangenheit, was nun einen Elternrückgang nach sich zieht, auch dann, wenn die Kinderzahl pro Frau wieder auf 2,1 ansteigt und dann konstant bleibt.

In Deutschland z.B. ergäbe sich auch bei einer unterstellten allmählichen Zunahme der Kinderzahl pro Frau auf 2,1 ein Rückgang der Bevölkerungszahl von 2000 bis 2050 von 82 Mio. auf 71 Mio. und bis 2100 auf 67 Mio., falls nicht gleichzeitig eine große Zahl von Menschen aus dem Ausland zuwandert. Dieser Tatbestand wird als "Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung" bezeichnet. Ihm entspricht die "Eigendynamik des Bevölkerungswachstums" in den Entwicklungsländern. Am An-Schrumpfungs-(bzw. des Wachstums)prozesses steht eine niedrige (bzw. hohe) Geburtenrate, auf die eine Generation später, d.h. nach 25 bis 30 Jahren, ein Elternrückgang (bzw. ein Wachstum der Elternzahl) folgt und eine weitere Generation später ein abermaliger Geburtenrückgang (bzw. eine weitere Geburtenwelle).

In den vergangenen Jahrzehnten wurden durch den Geburtenrückgang (Deutschland) bzw. durch das Geburtenwachstum (Entwicklungsländer) wichtige Weichen für das 21. Jahrhundert gestellt. Dabei lassen sich die Bevölkerungsschrumpfung in Industrieländern wie Deutschland bzw. das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt wegen der Größenunterschiede der beiden Ländergruppen (rd. 1,2 Milliarden in den Industrieländern versus rd. fünf

Milliarden in den Entwicklungsländern) nicht einmal rechnerisch durch internationale Migrationsbewegungen gegeneinander aufheben. Denn in einem einzigen Entwicklungsland wie z.B. in Indien beträgt der Geburtenüberschuß in einem einzigen Jahr 16 Mio., das entspricht der Summe aller Geburtendefizite in Deutschland in den nächsten 40 Jahren.

Die demographische Alterung und ihre Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem

Unter den unzähligen Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Deutschland sind die Konsequenzen der Zunahme des Durchschnittsalters für das soziale Sicherungssystem besonders einschneidend. Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes² und anderer Forschungsinstitute nimmt die Zahl der 60jährigen und älteren bis 2050 um rd. 6 bis 10 Mio. zu, gleichzeitig verringert sich die Zahl der 20 bis unter 60jährigen um rd. 12 bis 16 Mio. Dabei wurden verschiedene Varianten einer Nettoeinwanderung (von jährlich 100.000 bis 200.000 jüngeren Menschen) zugrunde gelegt. Pro Kopf der mittleren Altersgruppe von 20 bis 60 entfallen heute rechnerisch 0,40 über 60jährige. Dieser sogenannte Altenquotient erhöht sich von 1998 bis 2050 um mindestens das Zweifache auf 0,80 bis 0,91.

Wollte man das heutige Rentenniveau und das Versorgungsniveau mit Gesundheits- und Pflegeleistungen erhalten, müßten die realen Belastungen in unserem größtenteils nach dem Umlageverfahren finanzierten sozialen Sicherungssystem im gleichen Umfang wie der Altenquotient steigen - oder die Versorgungsniveaus in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung müßten entsprechend sinken. Für den Anstieg der demographisch bedingten, realen Belastung ist ihre finanzielle Erscheinungsform, z.B. als höhere Beitragssätze oder höhere Steuern zur Unterstützung der Einnahmen der Sozialversicherung (Ökosteuer) eine sekundäre Frage.

Um die Grenzen der Belastbarkeit nicht zu überschreiten, wurde die gesetzliche Rentenversicherung mit der jüngsten Rentenreform durch eine private Altersvorsorge ergänzt. Eine entsprechende Ergänzung wird nun immer häufiger auch für die gesetzliche Krankenversicherung vorgeschlagen. Dabei ist die Ausschöpfung des heimischen Arbeitskräftepotentials durch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder durch eine Anhebung des Ruhestandsalters einschließlich der Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials durch Einwanderungen Bestandteil aller Reformüberlegungen. Eine – rein theoretische – Möglichkeit zur Verhinderung der demographischen Alterung als der entscheidenden

¹ UN (Ed.), World Population Prospects – The 2000 Revision (Highlights). New York 29.2.2001.

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050 – Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, Juli 2000, Tabelle 1, S. 21.

Ursache für den demographisch bedingten Reformdruck ist ein schneller Anstieg der Geburtenrate auf 3,8 Kinder pro Frau.

Einwanderungen aus dem Ausland sind keine Dauerlösung

In den meisten Ländern der Europäischen Union, insbesondere in den südeuropäischen, sowie in Japan ist die demographische Alterung ähnlich intensiv wie in Deutschland. Dabei ist wichtig, daß der Anstieg des Durchschnittsalters bzw. des Altenquotienten in stärkerem Maße auf der niedrigen Geburtenrate und der dadurch bedingten Abnahme der Zahl der 20 bis 60jährigen beruht als auf der Zunahme der Lebenserwartung und der dadurch bedingten Zunahme der Zahl der über 60jährigen. Beide Faktoren wirken zusammen, wodurch sich der Alterungsprozeß verstärkt.

Wollte man den Anstieg des Altenquotienten par tout durch die Einwanderung Jüngerer verhindern, um die notwendigen Reformen des sozialen Sicherungssystems zu vermeiden, müssten in Deutschland bis 2050 188 Mio. Menschen netto einwandern und hier Arbeit finden. Nach dieser fiktiven Modellrechnung hätte Deutschland dann im Jahr 2050 299 Mio. Einwohner. Damit wäre weder Deutschland noch den Herkunftsländern der Dritten Welt geholfen.

Die über 60jährigen Menschen des Jahres 2050 leben unter uns, es sind die 11jährigen und älteren. Ihre Zahl ist von eventuellen Änderungen des Fortpflanzungsverhaltens in der Zukunft unabhängig. Deshalb läßt sich die demographisch bedingte Zahl der Rentner, der Kranken und der Pflegebedürftigen relativ genau vorausberechnen. Die entsprechenden Forschungsergebnisse der Demographen liegen seit langem vor, aber sie wurden in der Politik jahrzehntelang ignoriert. Nachdem das Interesse in der Öffentlichkeit nun plötzlich erwacht ist, droht jetzt die Gefahr, daß die politische Diskussion am Kern des Problems vorbeigeht.

Zu diesem Kern zählt erstens die Einsicht, daß die durch eine zu niedrige Geburtenrate herauf beschworenen Probleme auf Dauer (!) nicht durch Einwanderungen gelöst werden können, ohne die Probleme auf moralisch fragwürdige Weise auf andere Länder abzuwälzen, denn auch Einwanderer müssen geboren, betreut, erzogen und ausgebildet werden, bevor sie irgendwo einwandern und sich in eine andere Gesellschaft integrieren können.

Zweitens gehört die Erkenntnis dazu, daß selbst bei einer extrem erfolgreichen Familienpolitik, bei der die Geburtenrate z.B. bis 2030 wieder auf 2,1 Kinder pro Frau steigen würde, sich das Geburtendefizit trotzdem bis 2050 von z.Zt. rd. 100.000 auf 300.000 verdreifachen und erst nach 2050 allmählich verrin-

 UN (Ed.), Replacement Migration, New York 2000, S. 39. gern würde, so daß die Bevölkerungszahl (ohne Ausgleich durch Wanderungen) bis 2080 auf dann 56 Mio. zurückgehen würde und die Geburtenbilanz erst ab 2080 wieder ausgeglichen wäre. Wenn nicht nur die Geburtenrate auf 2,1 Kinder pro Frau zunähme, sondern außerdem jährlich z.B. netto 150.000 jüngere Menschen einwanderten, würde sich das Geburtendefizit bis 2050 immerhin noch verdoppeln, wenn auch nicht verdreifachen, und die Geburtenbilanz wäre dann etwa zehn Jahre früher, also ab 2070, ausgeglichen.²

Aber selbst bei einem Anstieg der Geburtenrate auf 2,1 Kinder pro Frau und einer Nettozuwanderung von 150.000 jüngeren Menschen pro Jahr würde sich der Altenquotient auf 0,78 im Jahr 2035 erhöhen und auch danach bis 2050 nur geringfügig auf 0,74 abnehmen. Nur die absolute Bevölkerungszahl bliebe dabei bis 2060 auf dem heutigen Niveau von rd. 82 Mio. annähernd konstant. Die Entwicklung in der Zukunft wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unterhalb dieses extrem optimistischen Entwicklungspfades verlaufen. Deutschland muß sich daher auf eine starke Alterung bei einer zunächst mäßigen und ab 2015 sich beschleunigenden Bevölkerungsabnahme vor allem bei den unter 60jährigen einstellen.

Wegen der steigenden Produktivität der Wirtschaft wird das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland wahrscheinlich auch bei einer abnehmenden Zahl der Erwerbspersonen weiter wachsen. Allerdings muß davon in der Zukunft ein wesentlich größerer Teil für die sozialen Sicherungssysteme ausgegeben werden, sei es in Form von expliziten Beitragserhöhungen, in verdeckter Form durch steuerfinanzierte Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme oder durch eine private Zusatzversorgung durch vermehrtes Sparen. Eine stärkere private Ersparnis bedeutet jedoch Konsumverzicht, was für niedrige Einkommen problematischer ist als für höhere. Eine der größten Herausforderung der demographischen Entwicklung besteht daher in der Möglichkeit wachsender gesellschaftlicher Spannungen und sozialer Konflikte.

² H. Birg, E.-J. Flöthmann, Th. Frein, K. Ströker, Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, Bd. 45, Bielefeld 1998.